

Kündigungsschutzrecht

169a. Besonderer Kündigungsschutz eines Mitglieds einer kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung

Der Kläger ist Mitglied der kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung der Stadt Frankfurt am Main. Die Beklagte betreibt in Hanau ein Brennelementewerk, welches sukzessive stillgelegt werden soll. Mit dem Betriebsrat wurden deswegen mehrere Betriebsvereinbarungen getroffen und ein Sozialplan erstellt. Dem Kläger wurde das Arbeitsverhältnis ausserordentlich mit einer sozialen Auslaufzeit gekündigt. Die Kündigungsschutzklage des Klägers vor dem Arbeitsgericht Hanau hatte Erfolg, Az. 2 Ca 201/01. Die Berufung der Beklagten nicht, LAG Frankfurt am Main, Az. 7 Sa 2015/01.

Das Mitglied einer kommunalen Ausländerversammlung ist gem. § 86 a Abs. 6 Hessische Gemeindeordnung (HGO) den Gemeindevertretern gleichgestellt. Eine Kündigung von Gemeindevertretern kann gem. § 35 a HGO nur aus wichtigem Grund erfolgen. Das Landesarbeitsgericht bestätigt damit nicht nur das erstinstanzliche Urteil, sondern auch das Urteil des Arbeitsgerichts Frankfurt vom 24. September 1998, 16 Ca 3282/98, AE 3/2004, Nr. 289, Seite 178 f m. w. N. In der Urteilsbegründung nimmt das LAG noch zu zwei weiteren Auffassungen der Beklagten Stellung:

1. Bei der Auslegung des § 35 a HGO seien nicht die Vorschriften anderer Bundesländer heranzuziehen. Der hessische Landesgesetzgeber habe die Vorschrift so ausgestaltet, dass eine Kausalität zwischen Mandatsausübung und Kündigung nicht erforderlich sei, auch wenn dies in vergleichbaren Vorschriften anderer Länder der Fall ist. Diese weitestgehende Absicherung von Mandatsträgern sei vom Landesgesetzgeber so gewollt, wogegen keine Bedenken bestünden. Auch sei kein verfassungsrechtlicher Eingriff in die Eigentumsgarantie der Beklagten gegeben, da der Kündigungsschutz ja nicht absolut sei, vielmehr könne bereits nach dem Wortlaut aus wichtigem Grund gekündigt werden.

2. Ein solcher Ausnahmefall sei aber hier nicht gegeben. Die Beklagte verkenne, dass es hier nicht um eine Kündigung aus wichtigem Grund wegen einer Betriebsstilllegung gehe, sondern nur nach erfolgter Sozialauswahl um den Rückgang anfallender Arbeit. Eine Kündigung auf Grund durchgeführter Sozialauswahl sei aber bei fortbestehendem, wenn auch reduziertem Arbeitskräftebedarf wegen des gesetzlichen Kündigungsverbots in § 35 a HGO unwirksam, § 134 BGB. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts sind Arbeitnehmer, die einen besonderen Kündigungsschutz genießen, nicht in die Sozialauswahl einzubeziehen. Auch wenn hierdurch diese Arbeitnehmer gegenüber Kollegen, die eventuell sogar sozial schwächer sind, privilegiert seien, ändere das nichts an der Rechtsfolge. Schliesslich sei dies so vom Gesetzgeber gewollt. Es sei nicht zu erkennen, dass vor dem Hintergrund vielfältiger gesetzlicher Kündigungsverbote, die ebenfalls für die Geschützten eine Herausnahme aus der Sozialauswahl bedeutete, die hessische Regelung gegen höherrangiges Recht verstossen soll.

■ Landesarbeitsgericht Frankfurt am Main vom 10.02.2003, 7 Sa 2015/01

eingereicht von Rechtsanwalt Nikolaus Jung, www.ra-jung.de